

Aufruf an die türkische Regierung und an die türkischen Parteien: Paragraph 301 im türkischen Strafgesetzbuch streichen!

Heute vor zwei Wochen wurde Hrant Dink ermordet. Mehr als 100.000 Menschen nahmen an seiner Beisetzung teil und machten deutlich, dass sie in einem Land leben wollen, in dem Schriftsteller und Journalisten nicht um ihr Leben fürchten müssen, weil sie kontroverse Meinungen vertreten und sich zu sensiblen Themen äußern. Nun ist es Zeit zu handeln.

Vor einigen Monaten hatten die türkische Regierung und ihre Strafbehörden dem Verstorbenen in rechtlicher Hinsicht aus dem türkischen Strafgesetzbuch die Verletzung des Paragraphen 301 angelastet. Mit ihm sind heute weitere Denker in der Türkei, wie zum Beispiel der Nobelpreisträger Orhan Pamuk mit dieser diskriminierenden und anti-demokratischen Rechtshaltung in der Türkei bedrängt und von Extremisten bedroht.

Der Paragraph 301 des türkischen Strafgesetzbuches bestimmt, dass die Verunglimpfung bzw. Herabsetzung des „Türkentums“, der Republik oder der großen Nationalversammlung mit einer Haftstrafe von sechs Monaten bis zu drei Jahren bestraft wird. Aufgrund der unbestimmten und weit interpretierbaren Formulierungen des Paragraphen 301 ist es nicht möglich, eine klare Linie zwischen einer Herabsetzung und einer kritischen Meinungsäußerung zu ziehen.

Der Paragraph 301 des türkischen Strafgesetzbuches stellt eine große Gefahr für die Vielfalt des Landes dar. Durch die gesetzlich legitimierte Einschränkung der Meinungsfreiheit nährt der Paragraph den Nationalismus und ist gleichzeitig Sinnbild für zunehmenden Rassismus und Diskriminierungen in der Türkei. Wir sprechen uns gegen jede Art des Nationalismus aus, der sich gegen Liberale, Intellektuelle, Reformen, Andersdenkende und Minderheiten in der Türkei richtet.

Die Reaktionen auf Hrant Dinks Ermordung haben gezeigt, dass die Menschen in der Türkei die Meinungsfreiheit als höchstes Gut für Demokratie und Menschenrechte begreifen.

Als Politikerinnen und Politiker, deren Eltern aus der Türkei stammen, fordern wir die türkische Regierung auf, nicht nur semantische Verbesserungen des Gesetzestextes vorzunehmen, sondern den Paragraphen 301 aus dem türkischen Strafgesetzbuch zu streichen.

Erstunterzeichner:

Özcan Mutlu, Mitgl. des Abgeordnetenhauses von Berlin (Bündnis 90 / Die Grünen)

Cem Özdemir, Mitgl. des Europaparlaments (Bündnis 90 / Die Grünen)

Vural Öger, Mitgl. des Europaparlaments (SPD)

Feleknas Uca, Mitgl. des Europaparlaments (Linkspartei.PDS)

Ekin Deligöz, Mitgl. des Deutschen Bundestages (Bündnis 90 / Die Grünen)

Sevim Dagdelen, Mitgl. des Deutschen Bundestages (Linkspartei.PDS)

Hüseyin Kenan Aydın, Mitgl. des Deutschen Bundestages (Linkspartei.PDS)

Lale Akgün, Mitgl. des Deutschen Bundestages (SPD)

Bilkay Öney, Mitgl. des Abgeordnetenhauses von Berlin (Bündnis 90 / Die Grünen)

Dilek Kolat, Mitgl. des Abgeordnetenhauses von Berlin (SPD)

Canan Bayram, Mitgl. des Abgeordnetenhauses von Berlin (SPD)

Evrin Helin Baba, Mitgl. des Abgeordnetenhauses von Berlin (Linkspartei.PDS)

Giyas Sayan, Mitgl. des Abgeordnetenhauses von Berlin (Linkspartei.PDS)

Filiz Polat, Mitgl. des Landtags Niedersachsen (Bündnis 90 / Die Grünen)

Nebahat Güclü, Mitgl. der Hamburger Bürgerschaft (Bündnis 90 / Die Grünen)

Saadet Karabulut, Mitglied des Parlaments der Niederlande (SP)

Hasan Kanber, Mitgl. des Grossrats des Kantons Basel-Schweiz (SP)

Talha Ugur Camlibel, Mitgl. des Grossrats des Kantons Basel-Schweiz (SP)

Gülşen Öztürk, Mitgl. des Grossrats des Kantons Basel-Schweiz (SP)

Mustafa Atici, Mitgl. des Grossrats des Kantons Basel-Schweiz (SP)